

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – April 2020

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Hilfe aus dem Solidaritätsfonds auch für Gesundheitsnotlagen.....	1
EU-Kommission: Neues Budget und Bericht über EU-Schulobstprogramm	1
EU-Kommission: Pilotprojekt zur Förderung von Kompetenzen und Bildung	1
EU-OSHA: Leitlinien für sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz	2
Europäischer Gerichtshof: Schülerbeförderung nicht abhängig vom Wohnort	2
Ausschuss der Regionen: Erklärung für ein sozial gerechtes Europa	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Österreich: Angebot des Hilfetelefons für Kinder und Familien ausgeweitet	3
Österreich: Belastungen junger Menschen durch die Covid-19 Pandemie.....	3
Irland: Unterstützung für Betreuungseinrichtungen und Eltern	3
Irland: Fonds zur Unterstützung politischer Aktivitäten Jugendlicher für den Klimaschutz.....	3
Italien: Initiative zur Anregung von Aktivitäten Zuhause.....	3
Griechenland: Unterstützung für LehrerInnen bei E-Learning-Formaten.....	4
Belgien: Petition von Familienorganisationen für eine neue Elternzeit in der Coronakrise	4
Weitere Nachrichten	4
COFACE: Webinar-Serie zur digitalen Bürgerschaft.....	4
COFACE: Positionspapier zu Maßnahmen für Familien zur Überwindung der Covid-19-Krise.....	4
Jahrestag der deutschen Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention	5
Decent Jobs for Youth: Umfrage für junge Menschen und Covid-19	5
UNICEF und UNHCR: Erklärung zur Gefährdung geflüchteter Kinder durch Covid-19	5
Offener Brief zivilgesellschaftlicher Organisationen für soziale Lösungen in der Pandemie	6
Berichte und Studien	6
EPIC: Bericht zu Wohnverhältnissen von Kindern in der EU.....	6
OECD: Neues auf der Covid-19-Plattform	6
Europarat: Abschlussbericht des Aktionsplans zum Schutz geflüchteter Kinder	7
European Anti Poverty Network: Bericht zur Armutsprävention durch Bildung.....	7
Bevorstehende Veranstaltungen	7

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Hilfe aus dem Solidaritätsfonds auch für Gesundheitsnotlagen

Die EU-Mitgliedstaaten können seit dem 1. April auch für gesundheitliche Notlagen Unterstützung aus dem EU-Solidaritätsfonds beantragen. Der Vorschlag wurde von der Kommission eingebracht, um die EU-Staaten aus diesen Mitteln bei der Bewältigung der Corona-Krise unterstützen zu können. Bis zum 24. Juni wird sie Anträge annehmen und sie gesammelt prüfen. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Fälle gleichwertig behandelt und die verfügbaren Mittel gerecht auf alle betroffenen Staaten verteilt werden. Anschließend wird sie dem EU-Parlament und dem Rat einen Vorschlag für die finanzielle Unterstützung vorlegen. Dem Fonds stehen für das Jahr 2020 800 Millionen Euro zur Verfügung. Als besonders betroffenes Land hat Italien den ersten vorläufigen Antrag für Hilfen aus dem Solidaritätsfonds gestellt.

- [EU-Kommission; Maßnahmen für die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus](#)

EU-Kommission: Neues Budget und Bericht über EU-Schulobstprogramm

Für das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch für das Schuljahr 2020/2021 stehen insgesamt 250 Millionen Euro zur Verfügung. Staaten, die daran teilnehmen möchten, müssen zum Jahresbeginn einen Beihilfeantrag stellen und bekommen Mittel zugeteilt, die sich an der Zahl schulpflichtiger Kinder bemessen. Die Mitgliedstaaten entscheiden selbst über die Gestaltung des Programms, also z.B. welche Erzeugnisse angeboten werden und wie das Programm pädagogisch begleitet werden soll.

Zusammen mit dem aktuellen Budget wurde der Bericht für das Schuljahr 2018/2019 veröffentlicht. Das Programm hat im vergangenen Schuljahr 20 Millionen Kinder in rund 155.000 Schulen erreicht und ca. 71.000 Tonnen frisches Obst und Gemüse sowie 167 Mio. Liter Milch bereitgestellt. Hinsichtlich der aktuellen Schulschließungen wurde bekannt gegeben, dass Lieferanten und sonstige Beteiligte für ihre Verluste entschädigt werden und die Lebensmittel für wohltätige Zwecke gespendet werden können.

- [Zur Pressemitteilung der Kommission](#) 
- [Zum Bewertungsbericht für das vergangene Schuljahr 2018/2019](#)

EU-Kommission: Pilotprojekt zur Förderung von Kompetenzen und Bildung

Die EU-Kommission hat gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds (EFSI) ein Pilotprojekt gestartet, das Organisationen und Personen bei der Weiterqualifizierung von Beschäftigten finanziell unterstützen soll. Damit soll auf den Wandel der Anforderungen von Kompetenzen in vielen Bereichen der Wirtschaft und auf die Notwendigkeit zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Krise reagiert werden. Gefördert werden können verschiedene Formate zur Entwicklung von Kompetenzen und andere Lernmöglichkeiten. Das Projekt zielt vor allem auf die Bereiche Gesundheit, Bildung, Sicherheit, digitale und nachhaltige Wirtschaft. Auch darüber hinaus können sich Einzelpersonen, Organisationen, Unternehmen oder andere Einrichtungen um Unterstützung bewerben. Das Pilotprojekt startet mit einem Budget von 50 Millionen Euro, für die der Europäischen Investitionsfonds (EFSI) bürgt. Darüber hinaus sollen Fremdfinanzierungen einer Höhe von bis zu 200 Millionen Euro mobilisiert werden.

- [Zur Pressemitteilung der EU-Kommission](#)

EU-OSHA: Leitlinien für sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz

Die europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) hat Leitlinien veröffentlicht, wie die Rückkehr an den Arbeitsplatz nach Unterbrechungen der Anwesenheit zum Schutz vor der Ausbreitung von Covid-19 organisiert werden kann. Darin finden sich Vorschläge für die Gestaltung sicherer Bedingungen vor Ort durch Abstandsregeln oder zeitliche Begrenzungen von unvermeidbarem engem Kontakt. Außerdem wird empfohlen, besonders gefährdete ArbeitnehmerInnen wie chronisch Kranke oder Ältere weiterhin von Zuhause aus zu beschäftigen. Dabei sollten auch zu diesen Risikogruppen gehörende Angehörige der MitarbeiterInnen berücksichtigt werden. Konzipiert wurden außerdem allgemeinere Richtlinien, wie Organisationen aus der aktuellen Krise für die Zukunft lernen und über welche Wege sie informiert bleiben können. Die EU-OSHA hatte bereits zu einer früheren Phase der Pandemie Leitlinien für den Infektionsschutz am Arbeitsplatz veröffentlicht, die nun durch die zur sicheren Rückkehr ergänzt werden.

- [EU-OSHA Leitlinien für sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz](#) 
- [EU-OSHA Leitlinien für den Infektionsschutz am Arbeitsplatz](#) 

Europäischer Gerichtshof: Schülerbeförderung nicht abhängig vom Wohnort

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die Schülerbeförderung nicht vom Wohnort der SchülerInnen abhängig gemacht werden darf. Dieses Vorgehen stelle eine mittelbare Diskriminierung von GrenzgängerInnen und ihren Familien dar. Das Recht der Kinder auf Schülerbeförderung dürfe nicht der organisatorischen Effizienz der Schülerbeförderung untergeordnet werden. Die Entscheidung wurde im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz getroffen. Das Gericht hatte sich in einem Berufungsverfahren an die europäische Instanz gewendet. Darin muss entschieden werden, ob der Landkreis Südliche Weinstraße die Kosten für die Beförderung von Kindern trägt, die in einem französischen Grenzort wohnen und in Neustadt an der Weinstraße zur Schule gehen.

- [Zum Urteil des EuGh](#)

Ausschuss der Regionen: Erklärung für ein sozial gerechtes Europa

Der Europäische Ausschuss der Konferenz der Präsidenten der Regionen hat eine Erklärung veröffentlicht, in der BürgermeisterInnen, PräsidentInnen von Regionen und regionale sowie lokale Ratsmitglieder einen Plan für die sozial gerechte Erholung der EU aus der Corona-Krise fordern. Die Erklärung appelliert an die europäische Solidarität und fordert Maßnahmen, die nachhaltig und ökologisch vertretbar dafür sorgen, dass keine Regionen und BürgerInnen der EU beim Wiederaufbau des wirtschaftlichen und sozialen Lebens zurückbleiben. Im Bereich der Gesundheit wird vor allem eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Koordinierung gefordert. Konkret wurde die Schaffung eines EU-Instruments für gesundheitliche Notfälle vorgeschlagen, das in der Lage wäre, die Verteilung der Ressourcen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu Bekämpfung gesundheitlicher Krisen zu koordinieren. Außerdem werde ein Programm zur Überprüfung und Aufbesserung der Krankenhausqualität in den Regionen sowie ein EU-Koordinierungszentrum für Pandemien gebraucht.

- [Zur Erklärung des Ausschusses der Regionen](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Österreich: Angebot des Hilfef Telefons für Kinder und Familien ausgeweitet

Die Hilfef Telefone für Kinder und Familien Österreichs verzeichnen in den letzten Wochen bedingt durch die Schulschließungen, Kontaktbeschränkungen und weiteren Belastungen im Alltag von Familien eine erhöhte Nachfrage nach telefonischer Beratung. Da die Schulen geschlossen sind, hat das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung beschlossen, SchulsozialarbeiterInnen und -psychologInnen unterstützend in der telefonischen Beratung einzusetzen. Auch das telefonische Beratungsangebot für Studierende bei psychischen Belastungen wird personell aufgestockt.

Österreich: Belastungen junger Menschen durch die Covid-19 Pandemie

Das Institut für Jugendkulturforschung in Österreich hat eine erste repräsentative Umfrage zu den Auswirkungen der Corona-Krise auf das Leben junger Menschen zwischen 19 und 29 Jahren veröffentlicht. Den Ergebnissen zufolge fühlt sich diese Gruppe weniger von der Krankheit selbst bedroht als von ihren wirtschaftlichen Folgen. Besonders junge Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen oder mit Migrationshintergrund sorgen sich um ihre berufliche Zukunft. Eine weitere Belastung sind familiäre Konflikte und eine insgesamt angespannte Situation Zuhause durch die Isolation. Der Alkohol- und Videospielekonsum hat sich im Durchschnitt erhöht. Welche Folgen die Isolation auf Sucht und Konsumverhalten habe, wird als Thema weiterer notwendiger Forschung angeregt.

Irland: Unterstützung für Betreuungseinrichtungen und Eltern

Die Abteilung für Kinder- und Jugendfragen der irischen Regierung hat die Unterstützung von Betreuungseinrichtungen und Eltern im Umgang mit den Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 angekündigt. Eltern sollen während der Zeit der Schließung von Betreuungseinrichtungen keine Beiträge bezahlen müssen. Die Kindergärten, Krippen und sonstigen Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung werden bei ihren Gehaltszahlungen und sonstigen laufenden Kosten finanziell unterstützt. MitarbeiterInnen dieser Bereiche erhalten zudem Bonuszahlungen, wenn sie in ihren derzeit geschlossenen Betrieben bleiben.

Irland: Fonds zur Unterstützung politischer Aktivitäten Jugendlicher für den Klimaschutz

In Irland wird die politische Beteiligung Jugendlicher für den Klimaschutz künftig staatlich unterstützt. Dafür wurde ein Fonds geschaffen, aus dem im Jahr 2020 knapp 500.000 Euro für Projekte anerkannter Jugendorganisationen zur Verfügung stehen. Gefördert werden Projekte, die öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema schaffen, Wissen zum Klimawandel an Jugendliche weitergeben, Jugendliche zur politischen Partizipation anleiten oder Mitarbeitende in der Jugendarbeit dazu weiterbilden, wie das Thema Klimaschutz mit Jugendlichen behandelt werden kann.

Italien: Initiative zur Anregung von Aktivitäten Zuhause

Die italienische Ministerin für Chancengleichheit und Familie hat eine Initiative zur Anregung von Spielen und Aktivitäten Zuhause gestartet. Sie bietet eine Plattform zum Austausch für Kinder, Eltern und Jugendliche. Partizipationsmöglichkeiten sind das Einsenden von selbst gemalten Bildern und kurzen Videoclips von Kindern

über ihren Alltag während der Ausgangsbeschränkungen. Außerdem gibt es eine Rubrik mit Anregungen für Eltern mit Spielen und lehrreichen Aktivitäten, die Zuhause gemacht werden können und die Möglichkeit, der Ministerin eine Nachricht oder Frage zu senden. Italien ist von den europäischen Staaten am stärksten von der Covid-19-Pandemie betroffen und hat harte Ausgangssperren verhängt.

Griechenland: Unterstützung für LehrerInnen bei E-Learning-Formaten

Die eTwinning-Plattform für Griechenland hat den Online-Kurs „Wir sind Zuhause mit ETwinning“ bereitgestellt, der LehrerInnen über die Möglichkeiten von E-Teaching bzw. Learning informiert und verschiedene Methoden zum Lernen auf Distanz vorstellt. eTwinning ist ein Programm auf Initiative der Europäischen Kommission, das es LehrerInnen europaweit ermöglicht, sich miteinander zu vernetzen und Schulpartnerschaften einzugehen. Das eTwinning-Portal steht in allen europäischen Sprachen zur Verfügung und arbeitet bereits regulär mit e-Learning-Elementen.




Belgien: Petition von Familienorganisationen für eine neue Elternzeit in der Coronakrise

Die belgischen Familienorganisationen Ligue de Families und Gezinsbond fordern aufgrund der aktuellen Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen verstärkte Unterstützung für Eltern und Familien. Sie weisen auf die Schwierigkeiten insbesondere von Alleinerziehenden, Familien mit zwei in Vollzeit berufstätigen Eltern und Familien mit Kindern mit Behinderungen hin. In einer gemeinsamen Petition fordern sie ein Recht auf eine spezielle Elternzeit, die auch in Teilzeit in Anspruch genommen werden kann. Vorgeschlagen wird zudem die Einführung eines speziellen Zuschusses der Krankenversicherung zur Bewältigung der aktuellen Krisensituation.

Weitere Nachrichten

COFACE: Webinar-Serie zur digitalen Bürgerschaft

Um den Internationalen Tag der Familie am 15. Mai organisiert COFACE Families Europe in diesem Jahr vom 11. bis zum 20. Mai eine Serie Webinare zum Thema digitale Bürgerschaft. Mit der Covid-19-Pandemie und den mit ihr verbundenen Umstellungen des Alltags seien auch Familien, Kinder und LehrerInnen auf die Möglichkeiten digitaler Kommunikation plötzlich stärker angewiesen als bisher. In diesem Zusammenhang und im Zuge der technologischen Entwicklung allgemein würden Kompetenzen in der kritischen Nutzung digitaler Angebote immer wichtiger. Mündige Digitale Bürgerschaft bedeute nicht nur Sicherheit im Netz, sondern auch Kenntnisse zum Thema Rechte, Privatsphäre Beteiligung und mehr. Die Webinar-Serie Digital Citizenship Breakfast Bytes soll einen umfassenden Einstieg in das Thema bieten.

- [Ankündigung und Programm der Webinar-Serie](#) 
- [Prinzipien zur Digitalisierung der COFACE](#)  

COFACE: Positionspapier zu Maßnahmen für Familien zur Überwindung der Covid-19-Krise

COFACE Families Europe hat ein Positionspapier veröffentlicht, das auf die Lage von Familien in der Covid-19-Pandemie aufmerksam macht und Forderungen für politische Schritte zu ihrer Unterstützung während und nach der Krise aufstellt. Die EU wird aufgefordert, schnellstens den Gesundheitsschutz für alle zu ermöglichen, ohne

dabei bestimmte Gruppen zu diskriminieren. Vor allem Risikogruppen sollten alle Unterstützung bekommen, die sie benötigen. Für die Zeit nach der Krise und die langfristige Planung wird auf die Europäische Säule sozialer Rechte verwiesen und ihre konsequente Umsetzung angemahnt. Zudem wird angeregt, die Prioritäten der Wirtschaftspolitik allgemein zu überdenken und die Unterstützung von Familien sowie die europäische Solidarität zum zentralen Ziel zu machen.

- [COFACE Position Paper April 2019](#)  

Jahrestag der deutschen Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention

Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der UN beschlossen und gilt seit dem 5. April 1992 in Deutschland. Sie soll das Wohl des Kindes schützen und seine Verwirklichung ermöglichen. Darin verbrieft sind der Schutz vor Diskriminierung, das Recht auf Gesundheit, Bildung und Freizeit sowie auf Information und Partizipation. Das Deutsche Institut für Menschenrechte weist darauf hin, dass die Kinderrechte auch in Krisenzeiten wie der aktuellen Covid-19-Pandemie volle Gültigkeit haben. Aus der Ratifizierung folge die staatliche Pflicht, Fürsorge, Schutz und Information von Kindern sicherzustellen. Auch bei der Entscheidung von Maßnahmen der Pandemiebekämpfung müsse diese Pflicht einbezogen und die Auswirkungen von z.B. Schulschließungen und Kontaktbeschränkungen für Kinder in verschiedenen sozialen Lagen einbezogen werden. Außerdem seien staatliche Institutionen verpflichtet, über die aktuelle Situation und notwendige Maßnahmen auch in kindgerechter und verständlicher Weise zu informieren.

- [Zur Pressemitteilung des Deutschen Instituts für Menschenrechte](#)

Decent Jobs for Youth: Umfrage für junge Menschen und Covid-19

Die Initiative Decent Jobs for Youth ist ein weltweites Netzwerk von Organisationen und Gruppen, die sich für gute Arbeit und Arbeitsbedingungen für junge Menschen einsetzen. Mit Unterstützung der International Labour Organisation, der UN Major Group for Children and Youth und weiterer Partner hat Decent Jobs for youth eine Umfrage dazu gestartet, wie die Covid-19-Pandemie das Leben junger Menschen beeinflusst hat. Sie soll insbesondere den Einfluss der Pandemie auf die Rechte junger Menschen, besonders im Bereich Beschäftigung und Bildung untersuchen. Die Umfrage steht auf 18 Sprachen zur Verfügung und endet am 21. Mai.

- [Global Survey on Youth and Covid-19](#) 

UNICEF und UNHCR: Erklärung zur Gefährdung geflüchteter Kinder durch Covid-19

Die UN-Organisationen UNICEF für Kinder und UNHCR für Geflüchtete haben eine gemeinsame Erklärung zur Situation von geflüchteten und asylsuchenden Kindern in der Covid-19 Pandemie abgegeben. Sie weisen darauf hin, dass Kinder auf der Flucht und in vielen Lagern nicht mit der notwendigen Hygiene und medizinischen Gütern versorgt sind. Auch für Kinder, die bereits in längerfristigen Unterbringungsformen lebten und die vor der Krankheit selbst so gut wie möglich geschützt werden könnten, habe die Pandemie drastische Konsequenzen: Die Schulschließungen erschwere nicht nur den Zugang zu Bildung, sondern bedeuteten für viele Kinder auch, dass ihnen die tägliche Mahlzeit in der Schule fehle. Häusliche Gewalt steige in der Isolation an. Besonders angespannt sei die Situation in Wohnformen, wo viele Menschen auf engem Raum gedrängt lebten.

- [As COVID-19 pandemic continues, forcibly displaced children need more support than ever](#)

Offener Brief zivilgesellschaftlicher Organisationen für soziale Lösungen in der Pandemie

Ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen hat einen offenen Brief an die EU-Institutionen und Mitgliedstaaten veröffentlicht, in dem sie zu sozial gerechten, inklusiven Lösungen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie und ihrer gesellschaftlichen Folgen aufrufen. Unterzeichnende Organisationen sind z. B: European Youth Forum, European Disability Forum, Amnesty International und Greenpeace. Sie weisen darauf hin, dass die derzeitige Krise die bestehenden Ungleichheiten verstärkt und solidarische Antworten gefragt sind. Gefordert wird die Arbeit an einer umfassenden europäischen Strategie für öffentliche Gesundheit, die Bekämpfung von Desinformation, die klare zeitliche Begrenzung der Einschränkungen von Bürgerrechten und die Entwicklung technisch innovativer und sicherer digitaler Lösungen zur Unterstützung der Pandemiebekämpfung.

- [For a Europe that cares for all – during the COVID-19 pandemic and beyond](#)  

Berichte und Studien

EPIC: Bericht zu Wohnverhältnissen von Kindern in der EU

Die Europäische Plattform für Investitionen in Kinder (EPIC) hat eine Studie zu den Wohnverhältnissen von Kindern in der EU veröffentlicht. Darin wird zunächst dargestellt, dass Wohnen für verschiedene Aspekte der körperlichen und psychischen Gesundheit einen entscheidenden Einfluss hat. Mängel wie Feuchtigkeit in der Wohnung, unzureichende Beheizung und Belüftung könnten Atemwegserkrankungen und Allergien, Faktoren des Wohnumfelds wie z.B. Lärm psychische Probleme wie Schlafstörungen verursachen. Kommt es zu einer Kumulation mehrerer dieser Faktoren, definiert EPIC dies als Wohnungsnot. Davon sind in der EU Familien mit Kindern am häufigsten betroffen: Von den Familien mit drei oder mehr Kindern leben 8,3 Prozent in Wohnungsnot, bei Paaren ohne Kindern seien es nur ein Prozent. Die höchsten Anteile an betroffenen Familien bestehen in der EU in Rumänien mit über 25 Prozent, in Lettland mit über 20 Prozent und in Bulgarien mit über 15 Prozent betroffen.

- [EPIC: Understanding the Housing Conditions Experienced by Children in de EU](#)  

OECD: Neues auf der Covid-19-Plattform

Die OECD hat zur Dokumentation neuer Erkenntnisse zur Covid-19-Pandemie und politischer Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung eine Plattform mit Beiträgen aus verschiedenen Disziplinen ins Leben gerufen (s. [EuropaNews 03/20](#)). Neu hinzugefügt wurden im Monat April z.B. der „Policy-Tracker“, ein Tool zum Abrufen der Eckdaten zu politischen Maßnahmen für einzelne Länder. Außerdem gibt es aktuelle Beiträge zu Testkapazitäten verschiedener Länder, Möglichkeiten der digitalen Nachverfolgung von Infektionen und dem Zusammenhang von Luftverschmutzung und der Anfälligkeit für Epidemien. Zudem wurden Berichte zur Rolle von Frauen in der Bekämpfung der Pandemie und zu verschiedenen sozialpartnerschaftlichen Lösungen gegen die wirtschaftlichen Folgen veröffentlicht.

- [Tackling coronavirus \(COVID-19\) der OECD](#) 

Europarat: Abschlussbericht des Aktionsplans zum Schutz geflüchteter Kinder

Der Europarat hat den Abschlussbericht des Aktionsplans zum Schutz geflüchteter und eingewanderter Kinder 2017-2019 veröffentlicht. Umfassend umgesetzt wurden die Maßnahmen zu Information und Austausch über die Bedürfnisse von Kindern in Flucht und Migration. Dazu wurde ein regelmäßiger Runder Tisch abgehalten, ein Handbuch erarbeitet, Good Practices zusammengestellt und Weiterbildungskurse zu Kinderrechten auf der Flucht angeboten. Für den effektiven Schutz von Kindern und Jugendlichen wurden Richtlinien erarbeitet und Vorschläge zu Prozessen z.B. der Altersfeststellung erarbeitet. Die Umsetzung selbst soll ab diesem Jahr erfolgen. Auch zum Schutz Kinder und Jugendlicher vor Menschenhandel und Prostitution wurden Good Practices im Austausch der EU-Staaten erarbeitet und an der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema gearbeitet.

- [Abschlussbericht des Aktionsplans zum Schutz geflüchteter Kinder 2017-2019](#)  

European Anti Poverty Network: Bericht zur Armutsprävention durch Bildung

Der Bericht „Leaving Nobody Behind“ des European Anti Poverty Network (EAPN) stellt die Rolle von Bildung, Ausbildung und Angeboten des lebenslangen Lernens in der Prävention und Bekämpfung von Armut dar. Zentral sei dabei die Zugänglichkeit und Inklusivität qualitativ hoher Bildungsangebote. Ein Faktor in der Reproduktion Mechanismen sozialer Schließung sei auch die Trennung und Diskriminierung zwischen verschiedenen Bildungswegen und -formen. Öffentliche Aufmerksamkeit für die Möglichkeiten von Weiterqualifizierung und Aufstieg könne hier ein Umdenken fördern. Für den gleichen Zugang zu Bildungs- und Weiterbildungsangeboten müssten auch indirekte finanzielle Belastungen von Bildungsinvestitionen ausgeglichen werden. Für einen nachhaltigen Abbau von Bildungsungleichheiten ist die Förderung digitaler Kompetenzen in allen Schichten und Altersgruppen wichtig.

- [EAPN: Leaving Nobody Behind](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
07. Mai 2020 11:00 – 12:00 CET	Webinar Birth registration and the prevention of statelessness in Europe	European Network on Statelessness
11. – 20. Mai 2020	Webinar series “Digital Citizenship Breakfast Bytes”	COFACE
31. Aug - 3. Sept 2020 Zürich, Schweiz	16. Internationale Konferenz der EUSARF (European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents)	EUSARF
16. Nov. 2020 Brüssel, Belgien	3rd International Young Carers Conference, “Identify, Support, Listen to young carers”	Better Care Network

29. Sept. 2020 Berlin, Deutschland	Child Guarantee	COFACE Families Europe, AGF
29.-30. Okt 2020 Berlin, Deutschland	Annual ICCFR Seminar	AGF, ICCFR
25.-27. Nov 2020 Mannheim, Deutschland	European Social Economy Summit 2020	Europ. Kommission, Stadt Mannheim

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

